



EUROPA-AKTUELL

Reimer Böge

Mitglied des Europäischen Parlaments

Januar/Februar 2007

Liebe Leserinnen und Leser,



besondere Wichtigkeit kommt dieses Jahr der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu. Bundeskanzlerin Angela Merkel erinnerte am 17. Januar in einer hervorragenden, mit viel Beifall aufgenommenen Rede im Europäischen Parlament an unsere nun schon 50 Jahre währende Erfolgsgeschichte. Seit den Römischen Verträgen bilden die gemeinsamen Werte Freiheit, Toleranz und die Sicherung des Friedens die Grundlage für das Zusammenleben von nun fast einer halben Milliarde Menschen. Auf Basis dieser Werte wird in Brüssel auch die Politik gemacht, deren positive Auswirkungen auf kommunaler und regionaler Ebene spürbar sind. Über diese Entscheidungen und ihre Auswirkungen für Schleswig-Holstein möchte ich Sie auf den folgenden Seiten informieren.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Reimer Böge

Ausgewählte Themen der letzten Plenartagungen in Straßburg/ Brüssel:

Die Verfahren für die Gewährung von EU-Fördermitteln werden vereinfacht

Nach dem neuen EU-Haushaltsrecht werden in größerem Umfang als bisher Pauschalbeträge gezahlt werden, so dass die Empfänger ihre Ausgaben nicht mehr

bis ins letzte Detail belegen müssen. Das wird es kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), aber auch Kommunen, Schulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen erleichtern, EU-Fördermittel zu erhalten. Die überarbeitete Haushaltsordnung und die zugehörigen Durchführungsbestimmungen werden voraussichtlich Anfang 2007 angenommen und sollen vom 01. Mai 2007 an gelten.

Die Namen der Empfänger von Agrar- und Strukturfondshilfen werden künftig offen gelegt.

Damit soll die Verwendung der Fördermittel für den Steuerzahler transparenter gemacht werden. Die überarbeitete Haushaltsordnung und die zugehörigen Durchführungsbestimmungen werden voraussichtlich Anfang 2007 angenommen. Dann werden die Empfänger, der Verwendungszweck sowie die Fördersumme ab 2008 von Strukturfondsmitteln und ab 2009 von Mitteln aus der Gemeinsamen Agrarpolitik jährlich veröffentlicht. Bezüglich der von der Kommission direkt verwalteten Förderprogramme werden die Empfänger von EU-Fördermitteln bereits seit dem 04. Oktober 2006 auf der Europa-Webseite veröffentlicht.

Staatliche Beihilfen

Deutschland gewährte 2005 insgesamt 15 Mrd. € Beihilfen, bei insgesamt 45 Mrd. € im gleichen Zeitraum EU-weit (ohne Landwirtschaft, Fischerei und Verkehr). Damit ist Deutschland der größte Geber staatlicher Beihilfen. Gemessen am BIP waren das in Deutschland 0,68% bei einem EU-Durchschnitt von 0,42%. Weitere Mitgliedsstaaten mit hohem Beihilfeanteil sind Schweden (0,91%), was dort jedoch fast ausschließlich auf Beihilfen für Umweltschutz- und Energiesparziele zurückzuführen ist, sowie Zypern (1,0%), Ungarn (1,08%) und Malta (2,61%), bei denen es sich überwiegend um Beihilfemaßnahmen handelt, die im Rahmen von Übergangsregelungen auslaufen oder zeitlich befristet sind. Relativ gering ist der Anteil der Beihilfen am BIP (unter 0,25%) in den drei baltischen Staaten sowie in Belgien, Österreich, Griechenland, England und den Niederlanden. Über die Beihilfeanteile der deutschen Bundesländer werden in dem Beihilfeanzeiger keine Angaben gemacht.

Der Leitfaden für das EU-Programm "Jugend in Aktion" liegt vor

Jugendliche sollen dazu angeregt werden, ihre europäische Bürgerschaft aktiv wahrzunehmen und sich an der demokratischen Gesellschaft zu beteiligen. Unterstützt werden unter anderem: Aktivitäten zur Förderung des Austausches und der Mobilität, Maßnahmen zur Ermutigung junger Menschen zu Freiwilligentätigkeiten im Ausland sowie Beiträge zur Entwicklung der strategischen Zusammenarbeit im Jugendbereich. Das Programm läuft von 2007 bis 2013.

Dienstleistungsrichtlinie in Kraft getreten

Die Dienstleistungsrichtlinie ist am 27. Dezember 2006 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden (L 376/36) und so am 28. Dezember 2006 in Kraft getreten. Damit hat die dreijährige Umsetzungsfrist in nationales Recht begonnen.

Satellitennavigationssystem Galileo

Das Satellitennavigationssystem Galileo steht im Mittelpunkt eines Ideenwettbewerbs. Gefordert sind Vorschläge, über die künftigen Nutzungsmöglichkeiten des Systems, das in 4 Jahren (also 2011) zur Verfügung steht. Bei der Vorlage eines „Grünbuchs zur Satellitennavigation“ sind auch die Kommunen aufgerufen worden, sich an dem Wettbewerb zu beteiligen. Gleichzeitig wurde für September 2007 ein Aktionsplan Galileo angekündigt.

Galileo beruht auf einer Konstellation von 30 Satelliten in der Erdumlaufbahn, sie sollen fast unbegrenzte Möglichkeiten neuer Anwendungen und Technologien bieten, nicht nur im Verkehr und der Kommunikation, Energieverteilungsnetzen und Banksystemen, sondern auch in anderen Märkten wie Landvermessung, Landwirtschaft, wissenschaftliche Forschung, Fremdenverkehr und so weiter. Das Grünbuch stellt die Bereiche dar, für die Satellitennavigationsanwendungen entwickelt werden und will von Industrie, öffentlicher Verwaltung und Verbrauchern weitere Ideen für die Anwendung abfragen. Das System wird die Anforderungen und Möglichkeiten auch an die und in den Rathäusern (nachhaltig) tangieren. Die Kommunen sollten daher schon aus Eigeninteresse der Aufforderung zur Beteiligung nachkommen. Das Konsultationsverfahren wird am 06. April 2007 abgeschlossen. Im September 2007 will die Kommission einen Aktionsplan mit praktischen Maßnahmen vorschlagen, die ab 2008 durchgeführt werden sollen.

Hotline für vermisste Kinder

Eine EU-weite Hotline für vermisste Kinder soll bis Mitte 2007 eingerichtet werden. Hotline-Nummern für Vermisste oder sexuell ausgebeutete Kinder gibt es bereits in mehreren EU-Ländern. Bislang werden aber in den einzelnen Ländern unterschiedliche Telefonnummern verwendet. Die Hotlinenummer 116000, die im Sommer 2007 überall in Europa zur Verfügung stehen dürfte, ist eine gebührenfreie Telefonnummer. Welche Vereinigung oder Behörde diesen Dienst verwaltet, wird von den einzelnen Regierungen entschieden.

Pessemittelungen:

1.) Europäisches Parlament setzt sich für Biokraftstoffe und Biomasse ein

Die Annahme des Initiativberichts "Strategie für Biokraftstoffe und Biomasse" durch das Europäische Parlament wird vom schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Reimer Böge (CDU) begrüßt. „Besonders die Forderung nach einem gemeinsamen EU-Markt für Biomasse bietet Chancen für die schleswig-holsteinische Agrarwirtschaft. Denn nachwachsende Rohstoffe spielen traditionell in der schleswig-holsteinischen Agrarpolitik seit langem eine wichtige Rolle," betonte der Abgeordnete in diesem Zusammenhang. Wie er weiter mitteilte, beschäftige sich der Initiativbericht außerdem mit der Einspeisung von Biogas in das europäische Gasnetz und den technischen Normen für Biokraftstoffe. Insgesamt fordere der Bericht eine verstärkte Nutzung dieses erneuerbaren Energieträgers. Besonders das durch intensive Forschungsaktivitäten entwickelte Verfahren der Pyrolyse, bei dem Biokraftstoff der so genannten zweiten Generation entstehe, biete hier gute Zukunftsperspektiven, selbst die Möglichkeit, bisherige Abfälle energetisch zu nutzen. Des Weiteren werde die Kommission aufgefordert, einen Kompromiss zwischen Automobil- und Ölindustrie bei den Biokraftstoffen herbeizuführen.

Noch weiter reichende Möglichkeiten als bei den Kraftstoffen seien jedoch bei der Biomasse gegeben, stellte der Abgeordnete hervor. Zu ihr zählten vorrangig land- und forstwirtschaftliche Reststoffe (Holz, Stroh, Gülle). Es kämen aber auch sonstige organische Reststoffe, beispielsweise aus der Ernährungsindustrie, in Betracht. "Derzeit bestreitet die EU vier Prozent ihres Energieverbrauchs aus Biomasse," führte Böge aus. Bis 2020, so sehe der verabschiedete Parlamentsbericht vor, solle dieser Anteil auf 25 Prozent erhöht werden. „Für

Schleswig-Holstein bieten sich hier gute Möglichkeiten. Das derzeit nutzbare Biomasseaufkommen beträgt knapp 13 Prozent des heutigen Primärenergieverbrauchs. Damit könnte schon heute etwa die Hälfte des Wohnungsbestandes im Land mit Heizungsenergie aus Biomasse versorgt werden," so der Europaabgeordnete. Die Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung dürfe jedoch nur ergänzendes Ziel der landwirtschaftlichen Produktion sein. Der CDU-Europaabgeordnete betonte, dass die sich ständig verteuernenden, endlichen, fossilen Energieträger in zunehmendem Maße auch durch Biomasse substituiert werden müssten. Hierbei müssten alle Chancen für die Energiegewinnung aus Biomasse genutzt werden. Auch die energetische Verwertung von Getreide sei kein Tabu. "Hauptziel unserer landwirtschaftlichen Produktion muss die Herstellung von hochwertigen Nahrungsmitteln bleiben, bei schnellstmöglichem Wegfall der Flächenstilllegung", erklärte Böge dazu abschließend.



Bild: Getreideernte zur Nahrungsmittelproduktion

2.) Europäisches Parlament setzt nutzerfreundlichere Haushaltsordnung durch

Die künftige bürger- und unternehmerfreundlichere EU-Haushaltspolitik ist nach Worten des Europaabgeordneten Reimer Böge (CDU) in trockenen Tüchern. Gemäß den Ausführungen Böges, der stellvertretender Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments ist, wurde der entsprechende Bericht zu einer transparenteren Neugestaltung der EU-Haushaltsordnung heute im Plenum des Europäischen Parlaments angenommen. Der Abstimmung vorausgegangen war eine ausführliche Debatte im Plenum und schwierigste Verhandlungen mit Rat und Kommission in den Vormonaten in Brüssel. "Was das Europäische Parlament im Rahmen der nächtelangen Triloggespräche für die Bürger erreicht hat, kann sich sehen lassen", so der schleswig-holsteinische Europaabgeordnete (CDU). Hauptmerkmal des neuen Gesamtpaketes der EU-Haushaltsordnung sei eine allgemeine Erleichterung zahlreicher Verfahren, so Böge.

Die wichtigsten Punkte des Reformpakets seien: Entbürokratisierung von Zuschussverfahren, klarere Bestimmung der förderfähigen Kosten, mittelstandsfreundlichere Verfahren bei Ausschreibungen, Veröffentlichung aller Zuschussempfänger, mehr Wettbewerb bei Bewerbung um Aufträge und abschließend eine effektivere Betrugs- und Korruptionsbekämpfung durch eine Datenbank. "Besonders positiv ist die Entbürokratisierung von Zuschussverfahren", hebt der CDU-Haushaltsexperte hervor. Je nach Art der Zuschüsse, auf die man sich bewirbt, werden die Antragsformulare und die sie begleitenden Handbücher nun einheitlich gestaltet. Das spart beträchtlichen Aufwand bei allen, die Zuschüsse beantragen." Weitere positive Eigenschaften des neuen Zuschussverfahrens seien, dass Programmausschreibungen künftig bis zu einem Jahr vor Pro-

grammstart erfolgen. Damit stünden Mittel schneller bereit und lange Vorfinanzierungszeiten entfielen. Ein weiterer Punkt seien die Vorprüfungen, die offenbar erfolglose Anträge aussonderten und so letztlich Kosten sparten. Schließlich werde die EU-Kommission durch die neue Haushaltsordnung verpflichtet, den Antragsteller verstärkt Hilfestellung zu leisten und deren Angaben länger zu speichern. "Der Transparenz unseres europäischen Haushaltes wurde mit der neuen Haushaltsordnung ein großer Dienst erwiesen", erklärt Reimer Böge abschließend. Nun sei es an den europäischen Bürger und Unternehmen die einfacheren Möglichkeiten, beispielsweise bei den Zuschussverfahren, zu nutzen.

3.) Reimer Böge neuer Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments

Bei der Neukonstituierung des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments zur Halbzeit der Legislaturperiode wurde der schleswig-holsteinische CDU Europaabgeordnete Reimer Böge zum neuen Vorsitzenden gewählt. Über Fraktionsgrenzen und nationale Gruppen hinweg hat der Ausschuss einstimmig für den schleswig-holsteinischen Abgeordneten gestimmt. „Die CDU Schleswig-Holstein gratuliert Reimer Böge sehr herzlich zu dieser Wahl. Wir sind stolz darauf, dass jetzt ein Schleswig-Holsteiner diesen wichtigen Ausschuss leitet und wünschen ihm dafür viel Erfolg,“ erklärte CDU-Landesgeschäftsführer Daniel Günther heute in Kiel. „Die Wahl von Reimer Böge ist zugleich auch Ausdruck einer hohen Wertschätzung und Anerkennung seiner bisherigen parlamentarischen Arbeit in diesem Ausschuss,“ so Günther weiter. Er betonte in diesem Zusammenhang, dass Reimer Böge dem Haushaltsausschuss seit 1989 angehöre, davon seit 1999 als stellvertretender Vorsitzender, und ständiger Berichterstatter für die Finanzielle Vorausschau der Europäischen Union für 2007-2013 sei.



Bild: Reimer Böge bei seiner Wahl zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses

Reimer Böge betonte in seiner Antrittsrede, dass das Europäische Parlament Teil der Haushaltsbehörde und somit direkt an der Mittelvergabe beteiligt sei. Der EU-Haushalt 2007 sehe Zahlungen in der Höhe von 115,5 Milliarden Euro vor. Damit betrage das EU-Budget rund 0.99% des Nationaleinkommens der Mitgliedsstaaten. Die wesentliche Aufgabe des Ausschussvorsitzenden bestehe darin, die laufenden Ausschussarbeiten und das jährliche Haushaltsverfahren zu leiten und zu moderieren. Eine weitere Funktion des Vorsitzenden sei, die Verhandlungen des Haushaltsausschusses mit der Kommission und dem Ministerrat zu führen. Ein weiterer Fokus werde auf der Revision der mehrjährigen Finanzplanung 2008/2009 liegen, so wie sie in der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 festgelegt worden sei.

Böge kündigte auch eine Fortsetzung der bisher verfolgten Haushaltsstabilität in der EU an. Wie er betonte, müsse es vor allem auch darum gehen, die unterschiedlichen Haushaltsinteressen mit der Zukunftsfähigkeit des Haushalts im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung, dem Mehrwert bürgernaher Programme und dem notwendigen Bürokratieabbau bei der Umsetzung in Einklang zu bringen. Zugleich unterstrich er seine Absicht, auch im Rahmen der laufenden Haushaltsverfahren den bisherigen Stabilitätskurs fortzusetzen. „Die EU-Verträge verbieten der EU die Aufnahme von Schulden und das muss auch so bleiben. Ziel muss sein, die bisher vor allem im Rat bestehenden „Betonstrukturen“ bei der Modernisierung der Haushaltsstrukturen und der Qualität der Haushaltsführung aufzubrechen und neue Überlegungen über die Zukunft der EU-Eigenmittel anzustellen“, so der neue Vorsitzende abschließend.

Terminauswahl:

10.01.	Gespräch mit Finanzexperten der Berliner Senatsverwaltung; Brüssel
15.-18.01	Plenarsitzung; Straßburg
22.-30.01	Sitzungen des Haushaltsausschusses, Brüssel
23.01.	Treffen mit neuseeländischen Minister für Verteidigung und Außenhandel; Brüssel
30.01.	Jahrestreffen mit deutschen Journalisten; Brüssel
31.01.-01.02	Miniplenum; Brüssel
01. 02.	Veranstaltung CDU Ortsverband; Henstedt-Ulzburg
02.02.	Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Hebbelschule; Kiel
02.02.-03.02	Klausurtagung CDU-Landesvorstand; Schleswig
09.-11.02	Agrarpolitisches Seminar; Wildbad Kreuth
12.-15.02	Plenarsitzung; Straßburg
26.02.-01.03	Sitzungen des Haushaltsausschusses; Brüssel
05.02.	Gespräch mit Haushaltskommissarin Dalia Grybauskaitė; Brüssel
12.02.	Gespräch mit Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel; Brüssel

Für weitere Informationen:

<http://www.reimerboege.de>

<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>

<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:

Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:

Peter Steven

Tel: 00322/ 2845326

Fax: 00322/ 2849326

Email: reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.reimerboege.de>